

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1902

45 (23.2.1902) 1. Blatt

so hartnäckig das Gegentheil, daß eine Widerlegung ab und zu notwendig ist.

Erst in diesen Tagen hat der Abg. Weber im Reichstage auf das Königreich Sachsen mit seiner besonders stark entwickelten Industrie hingewiesen und die Behauptung aufgestellt, daß dieses ebenso viele taugliche Rekruten stellt, wie die Teile des Reiches mit vorwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung. Das ist nun ganz einfach eine Unwahrheit. Die preussische Provinz Ostpreußen ist im ganzen Reiche derjenige größere Verwaltungsbezirk, der in seiner Bevölkerung den stärksten landwirtschaftlichen Prozentsatz hat. Vergleicht man Ostpreußen mit der Stadt Berlin, dann erhält man das Ergebnis, daß es im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer doppelt so viele Soldaten liefert, als Berlin, und daß das Königreich Sachsen um rund 24 vom Hundert hinter der Provinz Ostpreußen zurückbleibt.

Diese Figuren geben nur Aufschluß über die augenblickliche Herkunft der Rekruten, über deren Aufenthaltsort zur Zeit der Anhebung. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß viele Rekruten, die in einer großen Stadt oder in einem Industriebezirk angehoben werden, dort gar nicht heimisch sind, sondern vom Lande herkommen. Vom Lande sind sie vor dem militärischen Alter abgewandert, um dann in der Stadt oder im Industriebezirk zum Militär angehoben zu werden; und würde in der amtlichen Rekrutenstatistik auch dieser Wechsel des Aufenthaltsortes gebührend berücksichtigt, dann würden die Rekrutenziffern für die Städte und Industriebezirke noch erheblich ungenügender ausfallen. In diesem Sinne hat ganz kürzlich der deutsche Landwirtschaftsrat eine Entschließung angenommen, in der der Reichstanzler ersucht wird, sorgfältige statistische Ermittlungen über die eigentliche Abkunft der angehobenen Rekruten anzunehmen. Soll eine Statistik dieser Art genau sein, dann muß sie unbedingt diese ursprüngliche Abkunft der militärisch befähigten jungen Leute berücksichtigen. Sonst würde sie immer ungenau sein und bleiben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. Februar.

Weiterberatung des Militärhaushalts. Berichterstatter Abg. Graf von Koon berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Eine Reihe Titel werden nach unerschütterlicher Debatte mit den daraus bezüglichen Änderungen der Kommission angenommen.

Bei Kapitel „Militärjustizverwaltung“ bringt Abg. Kirck (Centr.) die Verhaftung des Oberstabsarztes Dr. Schimmel im Elberfelder Militärarbeitslager zur Sprache, dessen immer erneute Verhaftung gegen seine Verträge nicht weniger als neun Mal zurückgewiesen worden ist.

Abg. Sch. Oberkriegsrath Wolff kann eine materielle Erklärung des Falles nicht geben, da ihm die Akten der Militärjustizverwaltung noch nicht zugänglich seien. Lediglich sei ein Hofbefehl immer berechtigt, sobald ein Verdacht gegen den Angeklagten bestehe.

Eine erhebliche Debatte wird eine Reihe weiterer Kapitel betreffen.

Bei dem Kapitel „Geldverpflegung der Truppen“ wünscht Abg. Müller-Sagau (frei. Wp.) eine weitere Erhöhung der Gehälter der Oberoffiziere und verschiedener Klassen der unteren Verwaltungsbeamten.

Abg. Werner (Nesowp.) befürwortet eine Gehaltsaufbesserung der Zahlmeister.

Ein Antrag des Kommissars tritt diesen Wünschen entgegen, da die Finanzlage sehr ungünstig sei.

Der Titel wird angenommen.

Zu Titel 8 wünscht Abg. Dertel (konf.) Wesserstellung der Feldwebel und Wachtmeister.

Gegenüber seinen Bemerkungen über Unteroffiziermangel stellt ein Regierungskommissar fest, daß Mangel an Unteroffizieren vorhanden sei.

Es folgen Bemerkungen von Horn-Goslar (natl.).

Abg. Werner (Nesowp.) wünscht Aufbesserung der Gehälter der Maschinenpiloten.

Abg. Gerns (frei. Wp.) wünscht allgemeine Aufbesserung der Stellung der Militärärzte.

Abg. Graf Oriola (natl.) schließt sich dem Wortführer an.

Bei dem Kapitel „Friedensschaffung“ bringt Abg. v. Massow (konf.) den Verkauf von Friedensmaterial an England zur Sprache. Weder wendet sich gegen die früheren Behauptungen des Abg. Präside bezüglich der Remonten.

Abg. v. Massow wird im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen von dem Vizepräsidenten Wising zur Ruhe gerufen.

Bei Kapitel XXXV, Titel 10a, hat die Kommission die Forderung für Personal der militär-technischen Hochschule geäußert.

Einer genau so viel von der Kriegstatistik versteht wie der Andere, jeder gewöhnliche Soldat so viel wie ich selbst.“ Die Erzählungen von Wasseneinfuhr erklärt Mol für Märchen. Tatsächlich verlor die Engländer die Buren mit Waffen, Munition und Uniformen, die eben die Beuteplünder aus oftmals unter schweren Verlusten eroberten englischen Lagern bildeten. „Ich kann Ihnen versichern, daß wir fast alle mit englischen Waffen fechten.“

Zu Dewets's glücklichem Entschluß äußerte Mol, daß ein Blochhaus keinen unüberwindlichen Punkt bildet. Im Sturmschritt wird bis dicht vor das zu nehmende Haus gelaufen und an den Wänden des Hauses sind dann die Buren vor den Kugeln geschützt, die über sie hinwegsaufen. Der berühmte Stachelzahn ist eine Art Nagel, an dem Wädhel hängen. Er sei mehr dazu da, um bei Verletzung durch das entsetzende Geklapper zu alarmieren, als um wirklich den Durchschlag unmöglich zu machen. Mol selbst hat schon des Oesteren die Blochhauslinie durchbrochen. Bitter beklagt sich Mol über die Fälle, in welchen gefangene Buren ohne Verhör erschossen wurden. So sei Jakob Breitenbach, Solbaleim Karolina-Kommando, von der Kolonne des englischen Obersten Ben Jon ohne Verhör und ohne jeden Grund erschossen worden. Der Vater des Hingeshildeten ist damals zu gleicher Zeit gefangen genommen worden. Eine Schande sei es ferner, leugnen zu wollen, daß Buren als Geiseln auf englischen Zügen mitgeführt wurden. Das sei zur gewöhnlichen Einrichtung geworden. (Tatsächlich veröffentlichten die holländischen Zeitungen gegenwärtig die Namen von Leuten, die teilweise regelmäßig solche Dienste thun mußten. Ann. der N.) Auch beklagt sich Mol bitter über die Verwendung der Stoffen zu Abperletinen. Er selbst wurde von einer Stoffenmenge an Finger getroffen und außerdem mehrfach gestreift. Frage man die Kaffern, warum sie schößen, so sagten ihre Hauptlinge, es geschähe auf Befehl der Engländer. Von den Frauen und Kindern in den Konzentrationslagern höre man nur, wenn eine oder die andere Frau zu den Buren gelangt werde, um sie zur Liebergabe zu bereiten. Was man da von der Lage der Eingekerkerten höre, sei herzzerreißend. „Trotzdem sind unsere Frauen voll Muth und Hoffnung.“ erklärte

Referent Graf Koon theilt mit, die Kommission hätte den Zweck als vortheilhaft anerkannt, die gegenwärtige Finanzlage aber zu solchen Experimenten nicht für geeignet gehalten.

Abg. Müller-Sagau spricht für den Antrag der Kommission und empfiehlt, statt Neuerrichtung einer Hochschule, die Angliederung von militär-technischen Kursen an eine der bestehenden technischen Hochschulen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Bei Kapitel XXXV, Titel „Kadettenanstalt“ tritt Abg. Eichhoff für die Mehranstellung von wissenschaftlich gebildeten Lehrern gegenüber den Militärpädagogen ein.

Der Regierungskommissar verspricht nach eingehender Begründung Berücksichtigung der geäußerten Wünsche.

Bei Kapitel „Technische Institute der Artillerie“ bezieht sich Abg. Fubell (Soz.) die Institute in der Spandauer Artillerieversuche als hervorragend. Von Zufriedenheit der Arbeiter könne in dieser angeblichen Musterwerkstätte keine Rede sein. Wer sich beklage, dem sage man, wenn es bei uns nicht gefällig, möge sich hinausbegeben.

General v. S. in dem: Wären die Verhältnisse thatsächlich so, wie sie vorgetragen sind, so würde die Verwaltung mit einem unerhörten Maße von Dummheit und Schleichheit wirtschaften. Eine solche Lohnrückerei könne nur der Hof treiben — wie sollen wir aber unsere Arbeiter heissen, die jahraus jahrein ihre Pflicht thun und mit denen wir in Frieden leben. Wohl hätten mehrere Arbeiterauschüsse ihr Amt niedergelegt, weil Lohnrückstellungen vorgekommen seien; das Kriegsministerium habe aber sofort diese Rückstellungen inaktiv. Die neue Lohnordnung ist gründlich vorbereitet und liegt den Arbeitern ausstatten zur Verfügung vor. Die Wohlthätigkeit der Arbeiter ist uns sehr wichtig. Wir haben kein Interesse an Lohnrückstellungen; die Kündigungen würden auch nicht voll durchgeführt werden.

Abg. Fubell (Soz.) hält keine Ausführungen anrecht.

Der Rest des Ordinariums wird ohne Debatte genehmigt, befolgt die Einmüthigkeit und Petitionen.

Morgen 1 Uhr: Rest der heutigen Tagesordnung und Interpellation Albrecht betreffend Arbeiterstatistik.

Deutschland.

Berlin, 21. Februar.

Das Staatsministerium trat heute Nachmittag zu einer Sitzung zusammen.

Die Budgetkommission des Reichstages berathet heute den Etat der Reichseisenbahnen. Minister von T. hielten fest hervor, daß die Einnahmen der eisenbahnähnlichen Bahnen namentlich wegen der ungünstigen Lage der Eisenbahnsektors wesentlich zurückgegangen seien. Man rechne für das laufende Etatsjahr auf einen Anfall von 10 Millionen gegenüber dem Vorjahre, wovon 9 Millionen auf den Güterverkehr entfallen. Am Schluß der Sitzung erklärte der Minister noch grundsätzliche, erhebliche Ermäßigungen der Personalarbeits nicht eintreten lassen zu können, da man im Allgemeinen schon zu den Selbstkosten oder gar darunter fahre.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute mit einer Frage, die schon vielörtert worden ist, mit der Berliner Bürgermeistereiwahl. Der Abg. Dr. Träger brachte die Nichtbestätigung des Bürgermeisters Kaufmanns in Berlin zur Sprache. Der Minister des Innern, Freiherr von Hammerstein, führte aus: Auch er sehe in den kommunalen Selbstverwaltungsrecht ein Noli tangere. Dieses könne aber nicht bestehen, wenn die Kommunen auch das Recht anderer anerkennen. Der Stadtverordnetenaufruf hatte zunächst den Kaufmann nicht gemüthet. Seine Wahl durch die Stadtverordneten selbst war daher eine Lieberbedingung. Niemand wolle den Stadtverordneten ihr gutes Recht bestreiten, Niemand wird auch von ihnen Gründe verlangen. Das gleiche Recht nehme ich aber auch für mich in Anspruch. Es bestanden gegen Kaufmann schwerwiegende Bedenken, die man milder oder schärfer aufstellen konnte. Ich habe mich darüber in meinem Bericht an Se. Majestät dem Kaiser geäußert, lehne es aber ab, hier irgendwelche Aufklärung zu geben. Es ist immer möglich, solche Personenfragen öffentlich zu besprechen. Man muß aber das Recht des Königs und der Regierung anerkennen. Wenn ich auch heute noch nicht verlangen kann, daß Sie mir vertrauen, daß ich alle diese Dinge nach sorgfältiger Prüfung behandle, so hoffe ich das von der Zukunft. Ich verpöndere Ihnen, nicht nach Guldanken oder der Parteilichkeit Gunst und Liebe zu urtheilen, sondern so wie ich es vor mir in einem Geheissen veranwortet kann. § 33 der Städteordnung ist unglücklich gefaßt. Ich bin aber

überzeugt, daß die Regierung befugt gewesen wäre, eine kommissarische Verwaltung anzuordnen, wie seiner Zeit in Polen, Königsberg und Kolberg. Es beruht auf besonderer Kontenz gegenüber Berlin, wenn es nicht geschähe. Die Stadt hat gegen den Beschluß des Oberpräsidenten seinen Widerspruch erhoben, sich vielmehr mit einem Immediatgesuch an den Kaiser gewandt. Es wäre meinerseits gegenüber Er. Majestät dem Kaiser eine Ungeduld gewesen, nachdem die Ablehnung erfolgt war, dieselbe Sache nochmals vorzutragen.

Die Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz hat einen bemerkenswerthen Beschluß zu der Frage der landwirthschaftlichen Zölle gefaßt. Er lautet im Wesentlichen wie folgt:

Die Landwirtschaftskammer für Roggen und Weizen von 7,70 und Gerste und Hafer von 6 Mark, sowie die Ausbeutung des Doppeltarifs in ausreichenden Mindestsätzen vor Allen auf Tiere, Fleisch, Milch und Molkeerzeugnisse... für erforderlich und erwartet, daß die gegebenden Faktoren diesen Forderungen Berücksichtigung nicht versagen werden werden.

Namentlich der Centrumsabgeordnete Graf Spee befragte diese Entscheidung, indem er ausföhrte, daß die Landwirtschaftskammer offen anzusprechen müßte, was sie über die Zollfrage denke.

Eine sozialdemokratische Interpellation. Die Sozialdemokraten haben im Reichstage folgende Interpellation eingebracht: „Ist es dem Reichstanzler bekannt, daß im Widerspruch zu dem Rathe Wortlaut des § 35 der Gewerbeordnung und der Erklärung, welche der Staatssekretär Graf Poladovsky im Reichstage in der Sitzung vom 23. November 1899 abgegeben hat, die Polizeibehörde zu B. u. C. in den dortigen Arbeitersekreteir Herrn Dr. Winter, weil dieser angeblich fremde Rechtsangelegenheiten gewerbmäßig besorge, zur Anmeldung des Arbeitersekreteiriates als eines Gewerbebetriebes durch Geldstrafen zu zwingen sucht? Und was genehnt der Herr Reichstanzler zu thun?“

Die Bundeskommission des Reichstages hat sich mit den Beihilfen für kriegsbedürftigen Kriegstheilnehmer beschäftigt. Im Etatsentwurf der Regierung sind dafür 6.200.000 Mark ausgeworfen. Der nationalliberale Abgeordnete Graf Oriola beantragte aber, diesen Betrag auf 7 1/2 Millionen zu erhöhen und dieser Antrag wurde nach längerer Berathung, trotz des Widerpruches des Staatssekretärs Freiherrn von T. hielmann, in der Form einer Resolution einstimmig angenommen.

Deutsche Reichsregierung. Nach übereinstimmenden Zeitungsberichten haben nunmehr alle deutschen Bundesregierungen den Vorschlägen über die neue Regelung der deutschen Reichsregierung zugestimmt. Danach ist zu erwarten, daß demnächst im Bundesrat die entsprechende Vereinbarung getroffen werde über die Einführung der neuen Einheitsrechtsprechung. Was wird herauskommen? Nicht viel.

München, 21. Febr. Die „Südd. Reichsforst.“ schreibt: Die glänzende, überaus warme Aufnahme, welche der Vorliegende im Ministerium, Minister des königlichen Hauses und des Leuhens, Graf v. Graßheim, bei seinem Besuche in Karlsruhe gefunden, hat hier große Freude erregt. Ein höchst schmeichelföhrer Ausbruch persönlicher Sympathien und der Anerkennung vielfähriger staatsmännischer Thätigkeit ist hier zugleich ein neuer Beweis der heraldischen Beziehungen zwischen Baden und Bayern. Graf Graßheim selbst ist erfüllt von unerschütterlichen Einreden hierher zurückgekehrt. Voll dankbarer Verehrung gedenkt er vor Allen der unendlichen Guld, welche Ihre königlichen Hoheiten der Großherzogin und die Großherzogin ihm und seiner Tochter in entzündender Lebenswürdigkeit, in ausgedehnter Aufmerksamkeit immer auf's Neue erwiesen haben, der vielfachen hohen Auszeichnungen seitens der in Karlsruhe anwesenden Mitglieder des Großherzoglichen Hauses. Die Würdenträger des Staates und des Hofes zeigten sich unablässig bemüht, den Aufenthalt so angenehm und so erinnerungsreich wie nur denkbar zu gestalten. — Ueber die Reise selbst, beziehungsweise über ihren Zweck sind in verschiedenen Blättern mehr oder minder treffsinnige Kombinationen gemacht worden. Es ist vielleicht nicht überflüssig, auch an dieser Stelle zu betonen, daß eine spezielle politische Veranlassung absolut nicht gegeben war. Damit fallen alle jene Betrachtungen in nichts zusammen. Selbstverständlich war die Politik beifällig während des Besuchs nicht

eines Theaters so aufgestellt sein, daß er auch den Wünschen des großen Publikums und nicht jenen Einzelner entspricht, die diese oder jene Oper vielleicht für „Schand“ oder „Leierkastenmusik“ etc. erklären. Jedes Werk, gleichviel welchen Genres, wenn es gut ist und gefällt, sollte aufgeführt, mit gleicher Sorgfalt wie die Musikdramen behandelt werden.

Es kann doch an keinem Theater, das seine Aufgabe paritätisch erfüllt, nur darauf ankommen, was der Musikleitung oder der Prima Donna assoluta allein gefällt, zu geben, sondern das Publikum müßte doch auch maßgebend sein, selbst an Hoftheatern, wo große Subventionen fließen. Es gibt allerdings auch da und dort Publikum, das eben nicht seine Künstler bezog, das Theater auch ein Blickchen mitgehen hilft, sondern geduldig und sehr genügsam seinen Platz absetzt und den alten Souverän stets von Neuem laßt. — Saperienti sat!

Anknüpfend an unsern Bericht müßte wir noch bemerken, daß der Großh. Hof mit seinem Gaste, dem Großherzog von Sachsen, sowie Prinz Max und Fürstin zur Lippe der geistigen Vorstellung anwohnten.

V. St. Wie wir hören, wird der Pariser Schauspieler Monsieur Coquelin im März hier nochmals auftreten. Vermuthlich kommt Cyrano von Bergerac an die Reihe. — Auch das Stuttgarter Hoftheater-Ensemble beabsichtigt hier zu gastiren.

Ordnung-Konzert. Das musikalische Publikum wird es ganz besonders interessieren, zum Andrieck erstmalig hier auftritt, zu hören, wie der berühmte Wiener Musikkritiker Hanslick über Andrieck urtheilt. Derselbe schreibt: Ueber Andrieck's Vogen glänzte das Ganze und jeder einzelne Ton in streckenloser Schönheit. Die Intonation dieses Geigers ist ausnahmslos sicher und rein, sein Ton schön und markig, seine Technik ebenso solid wie brillant. Der Zauber einer frischen, unverbrannten Jugend weht wie Morgenluft an seinem Spiele. In Aganin's „Hercules“ (welcher auch hier gespielt wird), führte Andrieck den schwindelnden Hörer an die Grenze des Möglichen in der Gegenbravour. Da war nicht ein verdrücklich gleichgültiger Satz, und vor Allem nicht ein unreiner Ton den ganzen Abend hindurch.

etwa ausgeschaltet. Vielmehr wurden alle politischen Fragen von gemeinsamem Interesse gründlich erörtert. Hierbei ergab sich eine überaus erfreuliche, völlige Einmüthigkeit.

Strasburg, 21. Februar. Ihre Großh. Hoheit die Fürstin Leopoldine von Hohenlohe-Langenburg, die erlauchte Gemahlin des kaiserlichen Statthalter, feiert am 22. ds. Mts. ihren 66. Geburtstag, getragen von tiefer Verehrung und aufrichtiger Liebe der Bevölkerung. Nicht in geräuschvollen Festen und in äußerem Glanze sieht die hohe Frau ihre Aufgaben, sondern in der stillen Liebung der Werte der Nächstenliebe, der Barmherzigkeit. Unter ihrem Sange sind durch den väterländischen Frauenverein zahlreiche Einrichtungen geschaffen worden, die der Erziehung und Ansbildung der weiblichen Jugend dienen, aber auch solche, die der vielgestaltigen Noth zu steten Verminderung, Nöthiger Anregung und Fürsorge ist es zu verdanken, daß sämtliche Mädchen der Volksschule im Stetigen unterweisen und Anleitung zur sorgsamsten Führung eines Haushalts erhalten. Vielen Tausenden werden alljährlich durch die vortreffliche Haushaltungsschule die Grundlagen des Haushaltungsunterrichts zu Theil. Möge es Gott gefallen, Ihre Großherzogliche Hoheit noch viele Jahre ihres hohen Gemüths zu erhalten zum Segen des Landes.

Ausland.

Wien, 20. Febr. Der Kaiser fuhr heute Vormittag beim Palais des Erzherzogs Rainer vor, überreichte dem erzherzoglichen Paare als Angebinde zum goldenen Hochzeit sein Portrait und sprach seine Glückwünsche aus.

Paris, 21. Febr. Das royalistische Wahlsystem kamite veröffentlicht anlässlich der bevorstehenden Kammerwahlen einen Aufruf, monach die Royalisten den Wählungen des Herzogs von Orleans entgegen, jede Zerstückelung im Wahlkampf vermeiden und der gegen das Ministerium Waldeck-Roussiau gerichteten Koalition kräftigsten Beistand leisten werden.

Paris, 21. Febr. Zu der Spionageaffäre wird offiziell berichtet, ein Geheimagent des kriegsministeriums habe sich zu einem bisher unbekanntem Zwecke verschiedene Schriftstücke des Ministeriums verschafft und in seiner Wohnung aufbewahrt. Die Sicherheitsbehörde beschlagnahmte diese Papiere und andere Pläne, die sich auf den Kriegshafen eines Kleinstaates bezögen. Gegen den Geheimagenten wurde jedoch keinerlei gerichtliche Verfolgung eingeleitet. Ursprünglich war gemeldet worden, es handle sich um einen Deutschen.

London, 20. Febr. Unterhaus. James O'Sullivan fragt an, ob in Gemätheit des englisch-japanischen Vertrags England und Japan auf die Nennung der Provinz Schantung absehbende Vorstellungen des Deutschland erhoben hätten. Untersecretär des kriegsministeriums erwidert, derartige Vorstellungen seien nicht erhoben worden. Romann fragt an, ob die Regierung mit Rücksicht auf die Bestimmungen des englisch-japanischen Abkommens nicht erzwungen werde, ob es nicht angebracht sei, Schritte zu thun, daß das Sezollamt in Nankowang, das seit August 1900 von russischen Behörden verwaltet werde, der chinesischen Regierung zurückgegeben werde. Erwidert, die russische Regierung habe erklärt, ihre Verwaltung der Zölle in Nankowang sei nur eine vorübergehende und vorläufige und sie beabsichtige, diese an die chinesische Verwaltung zurückzugeben, sobald es die Umstände erlauben. Die englische Regierung habe nicht den geringsten Grund, die Aufrichtigkeit dieser Erklärung als fraglich anzusehen. Deshalb sei keine Rechtfertigung für die in dieser Frage enthaltenen Annahme vorhanden. Er hoffe, daß das Haus ihn nicht für unbillig halten werde, wenn er es im Rahmen der Regierung ablehnen müßte, irgend eine Mittheilung über das englisch-japanische Abkommen zu machen, die sich darauf bezieht, welche Schritte die Regierung unternehmen oder nicht unternehmen werde, um das erwähnte Abkommen zur Wirksamkeit zu bringen.

London, 21. Febr. Die „Times“ erklärt, daß der Bruch in der liberalen Partei jetzt vollständig sei. Lord Rosebery sei jetzt zu hundert verpöndet und müsse mit größter Hastkraft den Wiederaufbau der Partei in Angriff nehmen und durchführen. Zu einem an die „Times“ gerichteten Schreiben lag Lord Rosebery in Erwiderung auf die Auslassungen Campbell-Bannermans: „Ich bleibe von ihm getrennt hinsichtlich der Anschauungen über den Krieg in Süd-

Wir verstehen nicht, unsere Leser nochmals auf das Konzert hier, am Montag, den 24. ds., im Musiksaal saale aufmerksam zu machen.

Der Instrumentalverein Karlsruhe hält morgen (Sonntag) Vormittag halb 12 Uhr im großen Saale der Gesellschaft Eintracht ein Konzert (Kammermusik) ab.

Der Heidelberger Bach-Verein unter Leitung seines Dirigenten, Professor Wolfram, hat in dieser Woche mit der Uebergabe von Verlos's „Faust's Verdamnung“ wieder einmal eine wahrhaft ideale That vollbracht. Draufste wie Chor leisteten Meisterleistungen. Unter dem Solisten entzückte Marcella Pregi als Gretchen. Professor Wolfram wurden stimmungsvolle Dotationen zu Theil.

Von Hochschulen. Der Rektor der englischen Sprache Shawcross scheidet mit Ablauf dieses Semesters nach zweijähriger Thätigkeit aus dem Verband des Lehrkörpers der Universität in Gießen aus. — Der a. o. Professor der Volkswirtschaftslehre an der Universität Breslau Dr. Werner Sombart hat den Ruf an die Technische Hochschule zu Karlsruhe abgelehnt. — Der Dozent für Konstruktiven an der Universität Bonn, Professor Dr. Wolters ist als a. o. Professor an die Universität Moskva berufen worden, wo ein Lehrstuhl für Gant- und verordnete Krankheiten errichtet worden ist. — Zur Ermittlung und Bekämpfung eines Typhusherdes befindet sich eine staatliche Kommission unter Führung des Professors Frosch vom Institut für Infektionskrankheiten in Trier. — Der Ruf des botanischen Museum in München, Dr. phil. Friedrich Reger, wurde als Privatdozent für Botanik in die philosophische Fakultät der Universität München und Dr. jur. Friedrich Klingerer als Privatdozent für Philosophie an der Universität Straßburg und Strophoprofessur in die juristische Fakultät dieser Universität aufgenommen. — Der St. Wagner ist als Privatdozent für Botanik an der Universität Innsbruck angestellt worden. — Vom 1. ds. März l. J. wird Professor von Duhn in Heidelberg mit einer Anzahl Entwürfen (Architekten und Biologen) eine archäologische Expedition nach Berlin unternehmen, die vornehmlich die Beschäftigung des Pergamon-Museums zum Zweck hat.

Theater Konzerte, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 22. Februar.

v. St. Großh. Hoftheater. Die gestrige Aufführung des „Trompeter von Säckingen“ war gut besucht und verlief glatt, man schien ihr von Seiten der Regie wie jedes einzelnen Musikanten ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Herr v. Gorkom, der den „Trompeter“ recht schön und innig sang, erinnerte uns daran, daß er ein ganz vorzüglicher „Jäger“ im „Nachtlager von Granada“ sein müßte, und vielleicht erinnert sich auch unsere Regie der hier — bei guter Belegung — sehr gerne gehörten Oper und nimmt sie wieder in den Spielplan auf, zumal Feuilleton noch auch sicherlich eine gute „Gabrielle“ bieten würde. Die nächste Woche bringt 4 Opern: „Favoritin“, „Schwarzer Domino“, „Hänsel und Gretel“, „Die Afrikanerin“. Es ist eine merkwürdige Erscheinung, aber wahr, sobald der Musik-Generalismus verweist ist, bekommen wir mehr Abwechslung, wenn auch selten (bisweilen mit Ausnahme der „Favoritin“) was Neues oder Neuenfindertes.

Wenn man die Altonaer der früheren Jahre bis in die 1890er hinein durchblättert, findet man, daß immer mehr gute und beliebte Werke aus dem Spielplan unserer Hofbühne verschwinden sind. Wir wissen wohl, daß einzelne Werke wegen Mangel an entsprechender Besetzung (besonders eines Heldentenor und einer Koloratur-Längerin) nicht gegeben werden können, wir wissen aber auch, daß manches Werk nicht gegeben wird, weil man — so hat es wenigstens den Schein — nicht das gibt was dem großen Publikum gefallen würde, sondern was einzelnen maßgebenden oder einflussreichen Persönlichkeiten gefällt. Unseres Erachtens müßte der Spielplan

